



Umwelt

Der Preis des Wachstums

Bisher hat mehr Wirtschaftsleistung immer mehr Naturzerstörung bedeutet – Gibt es einen Ausweg?



Dicke Luft. In Peking nimmt das rasante Wachstum den Bewohnern den Atem.

Foto: pa/dpa

Von Dagmar Dehmer

5.7.2009 0:00 Uhr

Berlin - In der Krise werden alle grün. Die meisten der weltweit aufgelegten Konjunkturprogramme sehen im Schnitt rund 15 Prozent der Mittel für den Klimaschutz oder Verbesserungen der Umwelt vor. Vor wenigen Tagen hat der Ministerrat der OECD, der die wichtigsten Wirtschaftsnationen angehört, eine Erklärung „zu umweltverträglichem Wachstum“ abgegeben. „Wir sprechen hier von einem Paradigmenwechsel in der Politik“, sagte der koreanische Premier Han Seung-Soo, der den Vorsitz führte.

Bisher hat mehr Wachstum immer mehr Umweltzerstörung bedeutet. Zwischen 1981 und dem Jahr 2005 hat sich die globale Wirtschaftsleistung verdoppelt, im gleichen Zeitraum wurden 60 Prozent der Welt-Ökosysteme schwer geschädigt. Diese Zahlen nennt der Deutsche-Bank-Ökonom Pavan Sukdhev, der im Auftrag des UN-Umweltprogramms Unep einen „Globalen Grünen New Deal“ entwerfen soll. Doch lässt sich die Zerstörungslogik des Wirtschaftswachstums überhaupt brechen?

Für Ottmar Edenhofer, Professor für die Ökonomie des Klimawandels an der TU Berlin und Chefökonom des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), ist entscheidend, ob es gelingt, „das Wirtschaftswachstum vom Naturverbrauch zu entkoppeln“. Es müsse gelingen, dass die Weltwirtschaft die reale Knappheit von Land, Atmosphäre, Ressourcen und Wasser abbildet. „Es geht nicht um ein Ende des Wachstums, sondern um einen radikalen Strukturwandel der Weltwirtschaft.“ Um die globale Erwärmung in einem Rahmen von zwei Grad seit Beginn der Industrialisierung 1850 zu halten, dürfen bis 2100 energiebedingt nur noch 1200 Milliarden Tonnen Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre deponiert werden. „Es gilt diese Knappheit zu bewirtschaften“, sagt Edenhofer. „Derzeit mogeln wir. Wir sind nicht bereit, die sozialen Kosten unseres Handelns zu tragen.“

Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) ist davon überzeugt, „dass eine älter werdende Gesellschaft nicht überleben kann, wenn sie nicht ökonomisch reicher wird“. Gabriel hat für wachstumskritische Positionen wenig Verständnis. Aus seiner Sicht geht es darum, „wo neue Arbeitsplätze entstehen können, denn an eine Post-Arbeitsgesellschaft glaube ich in Deutschland nicht“. Doch mit dem Naturverbrauch wie bisher sei eine „weltweite Industrialisierung“ nicht zu machen. „Das führt zu Rohstoffkonflikten, vielleicht sogar zu Krieg um Rohstoffe, Wasser, Land und zu katastrophalen Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen.“ Einen „Ausstieg aus dem Wachstum“ hält Gabriel für illusorisch, denn „die sozialen Spannungen würden riesig werden“. Und „der Rest der Welt würde nur sagen: Das machen wir auf gar keinen Fall“.

Der frühere Leiter der Forschungsstelle Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin, Martin Jänicke, sagt, ein Wachstum ohne fortlaufende Naturzerstörung sei „im Prinzip“ möglich. Allerdings ist er angesichts der Erfahrungen mit den ökologisch gemeinten Konjunkturprogrammen eher skeptisch. In Südkorea etwa, das mehr als 80 Prozent seines Konjunkturprogramms in „grüne Technologien“ investieren will, „werden mit dem Geld auch die vier großen Flüsse ausgebagert und begradigt“, sagt Jänicke, der gerade dort war. Aus Jänickes Sicht müssen drei Bedingungen erfüllt sein, damit Wirtschaftswachstum nicht die bisherigen umweltschädlichen Folgen hat: Es muss maßvoll sein; es komme in reichen Ländern wie Deutschland nicht auf hohe Wachstumsraten, sondern auf ein hohes Innovationstempo an. Stark wachsen solle der Teil der Wirtschaft, der öko-effiziente Technologien und Produkte herstelle; derzeit erreiche dieser Wirtschaftsbereich bereits acht Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Und es gehe darum, dass in der gesamten Wirtschaft die Ressourcenproduktivität schneller wachse als die Arbeitsproduktivität. Energien und Rohstoffe sollten stärker eingespart werden als Arbeitskräfte. „Unter diesen Bedingungen sind höherer Wohlstand und Beschäftigung einigermaßen umweltverträglich zu erreichen“, sagt Jänicke.

Der grüne Fraktionschef Fritz Kuhn hält die Unterscheidung, die Erhard Eppler zwischen einem qualitativen und einem quantitativen Wachstum gemacht hat, für „hilfreich“. Es gehe jetzt darum, dass die Anteile der Wirtschaft, die „unschädlich wachsen können“, größer werden. Denn „solange der Staat so verschuldet ist wie heute, werden wir mit diesem qualitativen Wachstum auch ein quantitatives Wachstum erreichen müssen, sonst kann der Staat Zinsen und Tilgung nicht mehr aufbringen“, sagt Kuhn. Kuhn definiert als verträgliches Maß für das Wirtschaftswachstum, dass bei erneuerbaren Ressourcen die Wiederherstellung des Naturzustands möglich ist, und bei endlichen Ressourcen, dass sie durch ein Recycling im Wirtschaftskreislauf gehalten werden können.

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 05.07.2009)